

Grüner Parteitag entscheidet sich für Ja zu Merkels Atomkurs

Mit mir werden sich einige noch erinnern:

Groß war die Empörung und die Aufregung der grünen Parteibasis vor der erstmaligen Beteiligung Deutschlands an kriegerischen Handlungen im Kosovo-Krieg. Dann kam der grüne Parteitag mit seinem Beschluss: Wir machen mit im Kosovokrieg.

Groß war die Empörung und die Aufregung der grünen Parteibasis vor der Beteiligung Deutschlands am Afghanistan-Krieg. Dramatisch die Auseinandersetzungen. Dann kam der Augenblick der Abstimmung auf dem Sonderparteitag mit dem Ergebnis: Wir machen mit im Afghanistan-Krieg.

Am Samstag war wieder so ein Sonderparteitag von Bündnis 90/Die Grünen.

Ach, die Grünen hätten am Samstag die Chance gehabt, - elf Jahre nach ihrer ersten Chance dazu - einen Atomausstieg zu beschreiben und zu fordern, der diesen Namen verdient. Und dann würden sie das Stöckchen halten, über das die angeblich geläuterten Merkels springen müssen. Aber was taten sie? Sie ließen einen Cem Özdemir öffentlich sagen: Ein Ausstieg bis 2017 ist gar nicht realistisch durchsetzbar.

Anstatt schauzulaufen, empfiehlt ausgestrahlt.de Cem Özdemir einmal mit Klaus Töpfer zu reden. Oder mit Greenpeace, die einen Ausstieg ohne jedes Problem mit Stromversorgung bis 2015 durchgerechnet haben. Oder mit Hubert Weiger, der klar sagt, dass ein Ausstieg bis 2013 möglich ist. Haben die sich und wir uns alle getäuscht?

Nein: aus Angst davor, dass Angela Merkel als Anti-Atom-Aktivistin in die Geschichte eingehen könnte statt Jürgen Trittin, also rein aus partei-taktischen Gründen hat die Spitze der grünen Partei sich entschieden, wie sie zum Atomkurs der schwarz-gelben Bundesregierung steht: Sie finden falsch, was die Koalition vorlegt, sie wollen zustimmen und sie wollen davor noch etwas rausverhandeln - aber sich nicht auf Ergebnisse festlegen.

Da es kein Zentralverband der Bewegung gibt, kann niemand die Grünen daraus ausschließen. Aber sie haben sich selbst mit ihrem Beschluss für zehn Jahre längeres strahlendes Restrisiko aus unserer Bewegung ausgeklinkt - davor hatte ausgestrahlt.de gewarnt.

Was auf keinen Fall geht: Dass die Grünen bestimmen, was Anti-AKW-Bewegung ist, was das Ziel und was gewonnen ist, wann Buttons eingemottet werden, wogegen oder wofür demonstriert wird.

Cem Özdemir und anderes grünes Spitzenpersonal haben in den vergangenen Tagen darauf hingewiesen, dass Anti-AKW-Bewegung und Parteien verschiedene Rollen haben. Bemerkenswert, wer da unterscheidet zwischen Grünen und Bewegung, aber wir stellen unbedingt fest: Das stimmt. Die Aufgabe der Anti-AKW-Bewegung ist zu treiben. Und Aufgabe von (Regierungs)Parteien ist, aus den Forderungen Politik zu machen. Wir sind es gewohnt, dass Parteien Politik machen im Kompromiss, tauschen Thema A gegen Thema B mit dem Koalitionspartner: Bist du für meins, bin ich nicht mehr gegen deins. Wer aber seine Rolle im parlamentarischen Kuhhandel und – wie

so schön gesagt wird – seine Eigenschaft der Regierungsfähigkeit wichtiger findet, muss eben doch gut überlegen, ob er damit Teil der Anti-AKW-Bewegung sein will. Worüber wird eigentlich abgestimmt im Bundestag, wenn es zur Sache geht? Über den schnellstmöglichen, gar den sofortigen Atomausstieg? Nein. Abgestimmt wird vor allem darüber, dass neun AKW noch bis zu elf Jahre weiter laufen dürfen. Wer dagegen stimmt, stimmt nicht gegen den Atomausstieg. Das war eines der absurden Argumente, das bei den Grünen am Samstag kursierte.

Eine Partei wie die Grünen sollte sich stark genug fühlen, öffentlich zu erklären, was sie unter Atomausstieg versteht und wie schnell der wirklich geht. Dem schwachen Stück von Schwarz-Gelb zuzustimmen, heißt nicht, Erfolge der Anti-AKW-Bewegung zu feiern. Erfolge haben wir erreicht - durch Druck auf Schwarz-Gelb. Aber so, wie ein Marathonläufer nicht nach 21 Kilometern aufgibt und sagt "Ich habe ja die Hälfte geschafft", so wollen wir mehr und schneller. Wenn ein Witzbold bei der 21-Kilometer-Marke ein Schild "Ziel" aufbaut, wäre der Marathonläufer schön blöd, da stehen zu bleiben.

Die Grünen haben darüber abgestimmt, dass ab jetzt ein Marathon nur noch 21 Kilometer misst!

Das Fazit: Dass sich die Grünen mit ihrer Zustimmung selbst schwächen, ist ihre Sache. Sie haben damit aber der Anti-AKW-Bewegung einen Bärendienst erwiesen. Sie machen sogar ihre bisherige Forderung, bis 2017 auszusteigen, unglaublich und legitimieren einen Weiterbetrieb mit 25.000 Tonnen mehr Atommüll, mehr tödliches Risiko - und nehmen dem Protest Schwung und Hebel.

Mit ihrem Umfaller-Beschluss für ein strahlendes Restrisiko bis weit ins nächste Jahrzehnt hat die grüne Partei - entgegen dem erkennbaren Willen ihrer Basis - zum zweiten Mal die Chance erschwert, den Status "ausgestrahlt" in greifbare Nähe zu rücken! Auf der Website des Grünen Fraktionsvorsitzenden Jürgen Trittin: ist ein Hinweis auf ein Interview von Trittin mit der Rheinischen Post vom 31. Mai, also noch keine vier Wochen alt, zu finden. Dort legt er glasklar dar, warum die Grünen dem neuen schwarz-gelben Atomgesetz nicht zustimmen könnten, warum der Ausstieg viel schneller geht und viel schneller gehen muss. Zitat:

"2022 ist uns Grünen zu spät"

Jürgen Trittin erklärt im Interview mit der Rheinischen Post, warum der Atomausstieg auch bis 2017 möglich ist. Er kritisiert, dass die Bundesregierung kein Gesamtkonzept zur Energiewende hat.

Da war jemand völlig überzeugt. Und ist im entscheidenden Moment doch umgefallen. Wir stehen heute aber wieder hier, um an die Katastrophe in Fukushima vom 12. März zu erinnern, ihrer Opfer zu gedenken und der Opfer, die der japanische Supergau noch fordern wird. Wir stehen wiederum hier zu mahnen, was zehn Jahre strahlendes Restrisiko, zu dem sich Schwarz-Gelb und Rot-Grün entschlossen haben, bedeutet. Ihre Entschlüsse widersprechen ihren Versprechungen, nach Fukushima würde alles anders.

Bis jetzt stelle ich nur fest: Bei denen geht es weiter so.

Deshalb möchte ich die Freundinnen und Freunde von der GRÜNEN-Basis, die ja noch unserer Forderung „stilllegen jetzt“ zugestimmt haben, auffordern mit uns hier auch weiter zu machen und unsere Forderung voranzutreiben:

Schluss mit Strom aus Kohle und Atom!